

Weniger Lohn für ausländische Gefangene

Strafgefangenen soll der Lohn an die Kaufkraft ihres Herkunftslandes angepasst werden.

Zürich. – Ein umstrittener Vorstoss aus FDP und SVP führte gestern im Kantonsrat zu einer emotionalen Debatte. Strafgefangene erhalten pro Tag für ihre Arbeit 25 Franken. Was sie nicht für Zigaretten, Toilettenartikel, Telefonate und Süßigkeiten verbrauchen, kommt auf ein Konto, das ihnen bei der Entlassung ausbezahlt wird. Dieser Betrag soll gemäss dem Postulat von Thomas Vogel (FDP, Illnau-Effretikon), Barbara Steinemann (SVP, Regensdorf) und Regula Thalman (FDP, Uster) – alle drei Juristen – bei der Auszahlung der Kaufkraft im Herkunftsland des Gefangenen angepasst werden. Ein Nigerianer beispielsweise würde also einen

Bruchteil dessen erhalten, was ein Österreicher bekommt. Die Regierung war bereit, diesen Vorstoss entgegenzunehmen.

«Für gleiche Arbeit gilt gleicher Lohn, auch im Gefängnis», sagte Susanne Rihs (Grüne, Glattfelden). Dieser Vorstoss sei diskriminierend, menschenverachtend und habe einen «Zug ins Rassistische». Der Hauptinhalt des Strafvollzugs sei die Arbeitspflicht, und die lasse sich mit einem Entgelt besser durchsetzen, sagte Bernhard Egg (SP, Elgg). Katharina Prelicz (Grüne, Zürich) erinnerte daran, dass ohne Ersparnis die Chance gross sei, dass Bestrafte wieder kriminell würden. Und Yves de Mestral (SP, Zürich) sagte: «Gerade Ausländer brauchen alles Geld für die teuren Telefonate in die Heimat.» Da sei es absurd, von Gleichberechtigung zu reden.

Postulant Thomas Vogel wehrte sich gegen «strapaziertes Gutmenschentum».

Es gehe nicht darum, die Ausländer schlechter zu stellen, sondern zu verhindern, dass sie im Gefängnis privilegiert würden. Auch die Kinderzulagen für im Ausland lebende Kinder würden an einen Index angepasst. Ein Schweizer Gefängnis mit einem Tageslohn von 25 Franken sei für viele «Kriminaltouristen» «nicht die wünschbare Abschreckung». Wenn einer nach einer längeren Gefängnisstrafe mit mehreren 10 000 Franken zum Beispiel nach Somalia zurückkehre, sei er dort ein «gemachter Mann», sagte Vogel.

Was bei Kinderzulagen möglich sei, müsse im Strafvollzug auch möglich sein, sagte Luzius Dürri (CVP, Zürich). «Mit Leuten, die unsere Gastfreundschaft missbrauchen, dürfen wir kein Erbarmen zeigen», meinte Thomas Ziegler (EVP, Elgg). Nur SP und Grüne verweigerten die Unterstützung des Postulats. (rba)

KANTONS RAT

Kirchensteuer. Der Rat hat an seiner Sitzung vom Montag mit 106:56 Stimmen ein SVP-Postulat abgelehnt, das die Abschaffung der Kirchensteuer für juristische Personen verlangt. *Bericht oben links*

Berufliche Vorsorge. Mit 99:52 Stimmen wurde ein Postulat aus SP und CVP überwiesen, das nebenamtlichen Behördenmitgliedern ermöglichen soll, sich in der zweiten Säule zu versichern. Das sei ein Beitrag dazu, mehr Mitglieder für Schulpflegen oder Sozialbehörden zu finden.

Einbürgerungsverfahren. In einer Interpellation kritisierte Martin Arnold (SVP, Oberrieden) die mangelhafte Überprüfung

von Straftaten bei der Einbürgerung Jugendlicher. Die Lücke sei geschlossen, versicherte Justizdirektor Markus Notter.

Gefängnis Winterthur. In einer Interpellation kritisierte René Isler (SVP, Winterthur) die vorübergehende Schliessung des Gefängnisses Winterthur. Dadurch hätten Angestellte den Job verloren. Justizdirektor Markus Notter erinnerte die SVP daran, dass Sparmassnahmen eben zu Entlassungen führen würden.

Unterhaltskosten. Mit 60 Stimmen – dem Minimum – wurde eine parlamentarische Initiative von SP und Grünen vorläufig überwiesen, die den Unterhaltskos-

tenabzug für selbst genutzten Wohnraum um 500 Franken reduzieren will. Dadurch soll die steuerliche Ungleichbehandlung von Mietern und Hauseigentümern reduziert werden, sagten die Linken. Die Bürgerlichen sprachen dagegen von einer verkappten Senkung des Eigenmietwerts.

Opernhaus. In einer Interpellation kritisierte die SVP, dass die Subventionskürzung von zwei Millionen Franken fürs Opernhaus rückgängig gemacht wurde. Die Grünen sprachen gar von einer «Erpressung» durch Alexander Pereira. Regierungsrat Markus Notter sagte: «Jede andere Lösung wäre uns teurer zu stehen gekommen.» (rba)